

# Gemeingut-Jahresbericht 2023

Berlin, Februar 2024

## Liebe Freundinnen und Freunde von Gemeingut in BürgerInnenhand,

im vergangenen Jahr schlossen 23 Krankenhäuser in Deutschland, marode Schulen platzten aus allen Nähten, es mangelt an Lehrpersonal. Schienen, Straßen, Schwimmbäder und Sporthallen bröckeln vor sich hin. Das sind nur einige Beispiele dafür, dass unsere Infrastruktur kollabiert. Dabei sind es gerade die Gemeingüter, die für den sozialen Ausgleich in einer krisengeplagten Gesellschaft sorgen. Sie sollten allen zugänglich sein, von allen bezahlbar und demokratisch kontrolliert. Deswegen setzen wir uns für eine starke Daseinsvorsorge ein, für öffentliche Einrichtungen, bei denen die Menschen auch wirklich mitgestalten können. Es muss endlich Schluss damit sein, dass am Erhalt der Gemeingüter gespart wird oder dass sie privatisiert werden. Unsere Arbeit ist nur mit Ihrer Unterstützung als Fördermitglieder und SpenderInnen möglich – dafür danken wir Ihnen. Bleiben Sie uns verbunden!

Mit solidarischen Grüßen

Laura Valentukeviciute und Carl Waßmuth für das Gemeingut-Team



## 1 Unsere Aktivitäten

Zu folgenden Themen arbeiteten wir im vergangenen Jahr:

### 1.1 Krankenhausschließungen

Das Jahr 2023 war für uns KlinikretterInnen ereignisreich. Mit 23 Schließungen und rund 100 Teilschließungen beziehungsweise drohenden Schließungen gab es einen enormen Kahlschlag im Bereich der Krankenhausversorgung. Gleichzeitig preschte das Gesundheitsministerium mit hohem Tempo voran, um seinen Zeitplan für die Krankenhausreform zu halten und bis zum Jahresende die erforderlichen Gesetze verabschieden zu lassen. Daraus wurde nichts, auch dank unserer Arbeit im Bündnis Klinikrettung. Wir starteten in das Jahr mit einem Kurzfilm, der die Folgen der geplanten Krankenhausreform kritisch beleuchtet. Über die Auswirkungen der Reform berichteten wir außerdem in drei neuen Zeitungsausgaben, eine davon legten wir zwei Zeitungen in Bayern bei. Mit einem neuen Flugblatt informierten wir über die Bedeutung der wohnortnahen Krankenhausversorgung und konfrontierten damit auch die zuständigen PolitikerInnen auf Bundes- und Länderebene, denen wir zudem per E-Mail und mit einem Briefmarathon unser Konzept der Selbstkostendeckung als Alternative zur Fallpauschalenfinanzierung vorstellten. Wir forderten sie auf, das Krankenhaustransparenzgesetz abzulehnen. Das Jahr war reich an Straßenaktionen: So protestierten wir zum Beispiel gemeinsam mit anderen Initiativen anlässlich des DRG-Forums im März in Berlin, während der Gesundheitsministerkonferenz im Juli in Friedrichshafen und bundesweit Ende November anlässlich der Bund-Länder-Sitzung zu weiteren Reformschritten. Unseren Schmähpriß für renitente Klinikschließßer verliehen wir an den Minister Karl Lauterbach und seinen Berater Boris Augurzky. Mit einer Petition sammelten wir Unterschriften gegen die Reformpläne. Aufgrund zahlreicher Anfragen produzierten und verschickten wir große

Mengen an Informationsmaterial an lokale Initiativen und hielten bundesweit Vorträge.

### 1.2 Schulbauprivatisierung

Im Jahr 2016 schlug der rot-rot-grüne Senat vor, Schulbau im Volumen von einer Milliarde Euro auszulagern und damit zu privatisieren. Wir warnten vor Bauverzögerungen und Kostensteigerungen und trugen unsere Kritik 2018 in einer Volksinitiative im Berliner Abgeordnetenhaus vor. Bis heute klären wir weiter kontinuierlich zum Thema auf. Im Vorfeld der Berliner Wiederholungswahl gaben wir eine Extra-Ausgabe von unserem »schulbaublatt berlin« heraus und starteten eine Petition. Nach der Wahl forderten wir die Wahlsieger CDU und SPD in einem Brief auf, die teure Auslagerung zu stoppen. Gleichzeitig recherchierten wir zu den Kosten. In einer Doppelausgabe des Schulbaublatts deckten wir im September auf, dass der Senat die Kosten inzwischen auf 11,7 Milliarden Euro schätzt – obwohl die beteiligte Howoge mbH noch keinen Schulplatz bereitgestellt hat. Mit der Meldung schafften wir es über die Correctiv-Redaktion in die Berichterstattung von rbb und Tagesschau.

### 1.3 S-Bahn-Privatisierung in Berlin

Rot-Rot-Grün startete 2019 eine Ausschreibung der S-Bahn Berlin. Es droht die größte Privatisierung in Deutschland seit zehn Jahren. Im Januar übergab das von uns mitgegründete Aktionsbündnis EINE S-Bahn für ALLE Senatorin Bettina Jarasch von den Grünen 10.000 Unterschriften gegen die S-Bahn-Privatisierung. Der rbb war vor Ort und berichtete. Die Senatorin versprach zu prüfen, ob Berlin die S-Bahn rekommunalisieren und dazu die S-Bahn GmbH von der Deutschen Bahn AG kaufen könne. Leider hat sie das Versprechen nicht gehalten. Aber dafür bekamen wir ein neues Versprechen: Kai Wegner sagte

uns im Wahlkampf zu, dass die CDU intensiv prüfen werde, »ob und wie die [...] S-Bahn-Ausschreibung gestoppt und die S-Bahn in einer Hand bleiben kann«. Wegner wurde Regierender Bürgermeister, und wir erinnerten den neuen Senat mit einem Brief an Wegners Versprechen. Denn auch hier explodieren die Kosten: von acht auf 20 Milliarden Euro!

## 2 Medienarbeit und Publikationen

Gesundheitsminister Lauterbach äußert sich widersprüchlich zur Krankenhausreform. Ein Beispiel: »Die befürchtete kalte Strukturbereinigung darf und wird nicht kommen.« – »Jede Klinik zu erhalten, macht medizinisch keinen Sinn.« Herausuarbeiten und öffentlich zu machen, was Lauterbach mit der Reform bezweckt, halten wir für wichtig. Gut gelang uns das bei der Gesundheitsministerkonferenz in Friedrichshafen und mit unserer Bilanzpressekonferenz im Dezember 2023. Über unsere Arbeit berichteten unter

anderem SAT.1, Badische Zeitung, Volksstimme, ZDF, der Freitag, Fränkischer Tag, Merkur, ARD, junge Welt, SZ, Radio Oberland, MieterEcho, BR, Augsburger Allgemeine, Focus, WDR. Ein längerer Beitrag, in dem mehrere Aktive vom Bündnis Klinikrettung zu Wort kamen, strahlte im Februar das ZDF-Magazin »frontal« aus. Über unseren eigenen Infobrief erreichen wir rund 25.000 Menschen.

## 3 Trägerverein und Büro

Ende Mai tagte die Mitgliederversammlung und nahm ihre satzungsgemäßen Aufgaben wahr. Im Jahr 2023 arbeiten im Büro sieben Personen in Teilzeit, aktuell sind es fünf, da zwei Stellen projektgebunden befristet waren. Um uns mit den vielen ehrenamtlichen Kräften abzustimmen, fand im September ein Strategietreffen in Göttingen statt. Darüber hinaus gab es regelmäßig zu den verschiedenen Themen Telefon-/Videokonferenzen sowie das traditionelle Monatstreffen in Berlin.

## 4 Aktionen und Veranstaltungen 2023 (Auswahl)

- 18.04. Laura Valentukeviciute diskutiert für Gemeingut auf dem Podium der von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Veranstaltung »Gemeinwohl oder Rendite? Privatisierungen in Deutschland«.
- 12.09. In der vom Linken Forum Paderborn organisierten Veranstaltung »Abbruchunternehmen Krankenhaus?« sitzt Carl Waßmuth mit dem Präsidenten des Verbandes der Krankenhausdirektoren Deutschlands auf dem Podium.
- 18.09. Wir beteiligen uns am Klimastreik und demonstrieren in Berlin: Gute Daseinsvorsorge schützt das Klima.
- 26.09. Wir treffen uns mit VertreterInnen der Deutschen Krankenhausgesellschaft, um uns über die Krankenhausreform und mögliche Alternativen wie Selbstkostendeckung auszutauschen.
- 27.09. Aktion des Bündnisses Bahn für Alle vor dem Bahntower in Berlin: »Keine halben Sachen machen. Die ganze Bahn muss gemeinnützig werden – InfraNoGo«
- 11.10. Vortrag bei der SPD Berlin-Fennpfuhl zur Krankenhausreform
- 23.11. Jorinde Schulz referiert zum Thema »Lauterbachs Krankenhausreform. Kahlschlag und Privatisierung« bei der von ver.di organisierten Streikuniversität des streikenden Krankenhauspersonals in Leipzig.
- 21.12. Vermögensteuer: Gemeingut pfändet symbolisch Lidl, Aldi und BMW
- 23.12. Bundesweite Proteste an neun Orten anlässlich der Bund-Länder-Beratung zur Krankenhausreform

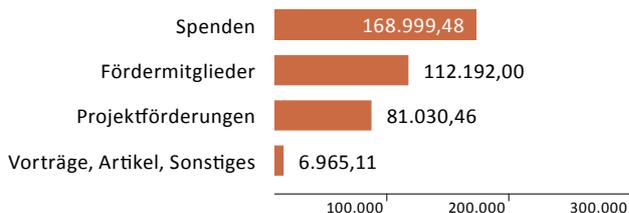
## 5 Mitgliedschaften und Kooperationen

Gemeingut arbeitet mit zahlreichen Organisationen zusammen: Das von uns initiierte Bündnis Klinikrettung ist auf 19 Mitgliedsgruppen angewachsen, mit weiteren sieben Organisationen veröffentlichten wir eine Erklärung zu notwendigen Veränderungen im Krankenhausbereich. Auch anlässlich des DRG-Forums in Berlin im März und zu weiteren Anlässen bündelten wir unsere Protestaktionen. Wir unterstützen das Bündnis Bahn für Alle und die Initiative EINE S-Bahn für ALLE als Trägerorganisation.

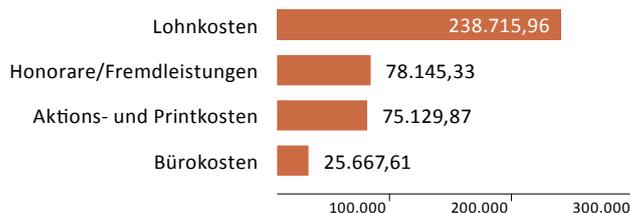
## 6 Finanzen

Im Jahr 2023 standen Einnahmen von 369.187,05 Euro Ausgaben von 417.658,77 Euro gegenüber. Im Vergleich zum Vorjahr sanken bei steigenden Ausgaben von rund 14 Prozent die Einnahmen um etwa fünf Prozent. Wir danken allen UnterstützerInnen sowie der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt und der Bewegungsstiftung, dem Umweltbundesamt und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz für Projektzuschüsse.

### Einnahmen von insgesamt 369.187,05 Euro



### Ausgaben von insgesamt 417.658,77 Euro



Quelle: GiB e. V.